



Inhalt

▪ Seite 1

*Brasilien Indianerpolitik
zwischen neuer Gewalt und
alten Problemen*

Brasilien's Indianerpolitik zwischen neuer Gewalt und alten Problemen

Zu Beginn seines Amtsantritts im Jahre 2002 gab Präsident Lula da Silva sein Indianer-Ehrenwort und versprach den indigenen Völkern Brasiliens sich für ihre verfassungsmäßigen Rechte einzusetzen. Mittlerweile regiert der Präsident in seiner zweiten Legislaturperiode, doch macht sich unter den Indigenen eher Wut und Enttäuschung als Genugtuung breit. Insbesondere bei Landstreitigkeiten kommt es zu gewalttätigen Konfrontationen, in denen Indianer sowohl Opfer als auch Täter sind. Es zeigen sich grundlegende Probleme und Jahrzehnte lange Versäumnisse der brasilianischen Politik im Umgang mit den etwa 220 indigenen Stämmen des Landes. Präsident Lula scheint zwar gewillt, den entnervten Indigenengruppen zu ihren Rechten zu verhelfen, allerdings stehen ihm sowohl opponierende Interessengruppen als auch das von ihm proklamierte Wachstumsprogramm im Wege.

In der letzten Maiwoche 2008 veröffentlichte die Indianerbehörde Fundação Nacional do Índio (Funai) Fotos eines unbekanntes und isolierten Indianerdorfes im Urwald des Bundesstaates Acre. Die Aufnahmen aus der Luft, die um die Welt gingen, sollten beweisen, dass es Indianerstämme fern jeder Zivilisation gibt. Die Eine isolierte Gruppe von Indigenen in den Regenwäldern des Bundesstaates Acre an der Grenze zu Peru: Die Funai schätzt, dass es in Brasilien nur noch ca. 69 Indianergruppen dieser Art gibt, die ohne Kontakt zur Außenwelt leben.

Funai bemüht sich im Rahmen eines gesonderten Programms darum, diese zu lokalisieren, um ausreichend bzw. präventiven Schutz bieten zu können. Hierbei geht es darum, den lokalen Lebensraum frühzeitig zu erhalten. Direkter Kontakt wird vermieden, da die Übertragung von Infektionserregern für die Indigenen nicht selten tödlich enden. Allgemein gelten Brandrodung und das Vordringen von Holzfällern, Diamanten- und Goldsuchern in die Lebensräume der isolierten Gruppen als größte Gefahr. Im Zweifelsfall beseitigen garimpeiros (Diamantensucher) und grileiros (illegale Landeigner) jegliche Hinweise auf die Indigenen, damit es zu keiner Demarkation des Gebietes als Indianerreservat kommt. Einmal mehr versuchte die Funai, auf die Anliegen der indigenen Bevölkerungsgruppen in Brasilien aufmerksam zu machen, die vielerorts ihren Schutz als nicht gegeben sehen. Nach wie vor seien die indigenen Gruppen Diskriminierung ausgesetzt, lautet eine offizielle Stellungnahme der Funai.

Gleichzeitig prangert sie das „idealisierte Bild“ der indigenen Bevölkerung Brasiliens an und betont, dass nur noch wenige Indigene in Isolation leben, schätzungsweise einige hunderte Personen. Die Bilder wurden zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, zu dem indigene Gruppen andernorts in Landkonflikten und Streitigkeiten anderer Art involviert sind, so in den letzten Wochen geschehen in den Bundesstaaten Mato Grosso, Mato Grosso do Sul, Minas Gerais, Pará, Paraná und Roraima. In den wenigsten Fällen handelt es sich allerdings dabei

FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

um Indios, die fernab der modernen brasilianischen Gesellschaft leben. Die meisten haben regelmäßigen Kontakt zur Außenwelt und haben nicht selten einen ähnlichen, wenn auch bescheidenen Lebensstil wie die anderen nicht-indigenen Brasilianer in ihrer Umgebung.

Streit um Ämterverteilung und Mittelzuweisungen für indigene Gruppen In dem Ort Dourados im Bundesstaat Mato Grosso do Sul besetzten am 27. Mai 2008 27 Caciques (Häuptlinge) der angrenzenden Indiodörfer die lokale Funai-Zentrale und forderten die Neubesetzung der nicht-indigenen Leiterin Margarida Nicoletti. Führer von nationalen Indigenen-Organisationen stellten sich auf Seiten der Funai und sprachen sich für eine Beendigung der Okkupation aus. In Cuiabá, der Hauptstadt des Staates Mato Grosso do Sul, besetzten derweil bis zu 300 Indios der Ethnien Irantxe, Menqui und Umutuna den Sitz der örtlichen Nationalen Stiftung für Gesundheit (Fundação Nacional de Saúde – Funasa). Die Funasa ist an das Gesundheitsministerium des Bundes angegliedert und ist für die Verteilung von Geldern zuständig, die für die medizinische Versorgung für Indigene vorgesehen sind. Sie arbeitet mit indigenen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) vor Ort zusammen, die für ihre Dienstleistungen im Gesundheitsbereich die nötigen Finanzmittel erhalten. Die Indios drangen in das Büro der Funasa ein, da diese die Geldüberweisungen an die örtliche NRO Operação Amazônia Nativa (Opan) einstellte. Als Grund nannte die Funasa den fehlenden Nachweis über die Ausgaben, dem die Opan widersprach. Auch in Paraná Hauptstadt Curitiba besetzten rund 100 Indianer die Funasa-Zentrale, um gegen die Einstellung der Zahlungen an die NRO Associação de Defesa do Meio Ambiente Reimer zu demonstrieren, welche die Gesundheitsversorgung für die ansässigen Indigenen organisiert. Auch hier reklamierte die Funasa eine fehlende Abrechnung der Ausgaben. Die Indigenenverteter weisen demgegenüber auf die prekäre Lage in den 50 Reservaten in Paraná hin, wo durch den 4-monatigen Auszahlungsstopp bereits die Medika-

mente knapp werden. Die Indigenen wollen mit den Besetzungen auch gegen einen Erlass des Gesundheitsministeriums demonstrieren, der die Abschaffung einer privilegierten medizinischen Versorgung für Indigene vorsieht, die ihnen laut Indianerstatut zusteht. Die indigenen Gesundheitsstationen sollen demnach nicht mehr durch die Indio-Organisationen betrieben werden, sondern mit den öffentlichen Gesundheitsstationen der Gemeinden zusammengelegt werden. Die Indigenen-NRO erhalten damit weniger Mittel, da die Bereitstellung der medizinischen Versorgung an die Gemeinden übertragen wird. Die NRO befürchten einen Bedeutungsverlust und die Indios längere Wartezeiten in den Gesundheitsstationen.

Ganz anders gestaltet sich der Streit zwischen den Pataxó-Indianern und dem Bergbaukonzern MMX in der Stadt Carmésia im Bundesstaat Minas Gerais. Ungefähr 150 Indios blockierten Ende Mai die Bundesstraße und nahmen eine Ambulanz und einen LKW der Firma, der Rohre für den Bau einer Erz-Pipeline transportierte, in Beschlag. Die Indios ließen MMX wissen, sie würden die beiden Fahrzeuge zurückgeben, wenn die Firma im Gegenzug landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge an die dort lebende indigene Gemeinschaft „spendete“. Laut Firmenaussage würden die Indios schon seit längerem die Straße blockieren und von den Fahrern der LKW von MMX Wegegeld verlangen. Die Indianer begründen ihr Vorgehen damit, dass die Bundesstraße durch ihr Reservat führt. Die Bundespolizei wartet derzeit die Entscheidung der Funai ab, ob sie eingreifen darf oder nicht.

Laut Gesetz sind die Bundesbehörden für alle Angelegenheiten zuständig, welche die Indios oder ihre Reservate betreffen. Sofern die Indios als „nicht-integriert“ eingestuft sind, d.h. in ihren eigenen Gemeinschaften leben, muss die brasilianische Bundesregierung eine Grundversorgung für diese Indios bereitstellen. Das Indianerstatut sieht außerdem vor, dass z.B. ein Verfahren erst nach Anhörung der Funai als zuständige Behörde eingeleitet werden kann. Die straf-

FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

rechtliche Verfolgung von Indianern gestaltet sich bürokratischer und auch im Fall einer Verurteilung sieht das Gesetz mildere Strafen vor. Die Indigenen wissen um die Gesetzeslage und scheuen daher nicht, diese auszunutzen, wie in den beschriebenen Fällen, und sich offensiv für ihre Rechte bzw. das, was ihnen gesetzlich zusteht, einzusetzen. So schrecken die Indianer auch nicht vor härteren Maßnahmen zurück und entführten z.B. in einem Dorf im Bundesstaat São Paulo drei Mitarbeiter der Funai, um die Indianerbehörde von den Plänen abzuhalten ihr lokales Büro zu verlegen. Die dort lebenden indigenen Gruppen fürchteten eine schlechtere Versorgung. Durch ihren Status haben die größtenteils in Armut lebenden Indianer wenigsten ihre Basisversorgung sicher.

Auch das Recht auf eigene Reservate bietet viele (legale wie illegale) Möglichkeiten einer ökonomischen Besserstellung.

Der Konflikt um das Indianerreservat Raposa Serra do Sol

Im Verlaufe seines ersten Mandats ließ der brasilianische Präsident Lula da Silva mehr als 60 Indianerreservate (terras indígenas) offiziell anerkennen, darunter auch die Raposa Serra do Sol. Das Indianerreservat liegt im Bundesstaat Roraima an der Grenze zu Venezuela und Guyana und umfasst ca. 17.470 km². Damit ist es nur etwas kleiner als das Bundesland Sachsen. In dem Gebiet leben ungefähr 7.000 bis 16.000 Indianer (Angaben schwanken) der Stämme der Macuxi, Taurepang, Wapixana, Ingarikó und Patamona sowie Reisbauern und Großgrundbesitzer nicht-indigener Abstammung. Die Siedlungsdichte des Geländes ist eine der niedrigsten in ganz Brasilien und macht eine staatliche Kontrolle schwierig. Seit Jahrzehnten dauern nun schon die Landstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen an.

Im Jahre 1998 deklarierte das Justizministerium das Gebiet als permanent von Indigenen bewohntes Gebiet. Daraufhin nahmen die Indianerbehörde Funai und die Behörde

für Kolonisierung und Agrarreform, das Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária (Incra) eine Erhebung über die ansässige Bevölkerung und die Landtitel vor. 1999 bekamen die indigenen Bewohner der Raposa Serra do Sol das Land vom Obersten Gerichtshof definitiv zugesprochen, nachdem einige Großgrundbesitzer gegen die Deklaration geklagt hatten. Im April 2005 wurde die Raposa Serra do Sol von Präsident Lula endgültig als Indianerreservat deklariert. Im Juni 2007 bestätigte der Oberste Gerichtshof erneut die Entscheidung und verfügte die Räumung des Indianerreservats. Die Nicht-Indigenen wurden folglich zum Verlassen der Raposa Serra do Sol aufgefordert. Einige Landwirte, überwiegend Kleinbauern, sind der Anweisung gefolgt und siedelten sich andernorts im Bundesstaat Roraima an. Andere Bauern, darunter auch Großgrundbesitzer, widersetzen sich allerdings seither vehement der von Brasília beorderten Umsiedlung.

Anfang April 2008 begann die Bundespolizei im Rahmen der Operation Upatakon 3 mit der Räumung des Gebietes, stieß jedoch auf großen Widerstand. Reisbauern und andere Räumungsgegner, darunter paradoxerweise auch Indigene, die für den Verbleib der Bauern in dem Reservat sind, sabotierten und blockierten Brücken und Zugangswege in die entlegene Region, um die Polizei von der Räumung abzuhalten. Bei anschließenden Polizeiaktionen gegen Gewalttäter wurden Sprengsätze und Waffen gefunden. Die Regierung des Bundesstaates Roraima setzt sich für eine Neueinteilung des Reservats ein, die eine Landzerstückelung vorsieht, und erwirkte beim Obersten Bundesgericht eine Aussetzung der Polizeioperation. Die Bundespolizei wird vorerst mit 200 stationierten Ordnungshütern weiter in dem Gebiet harren, um ein Ausufern der Streitigkeiten und der Gewalt zu unterbinden versuchen.

Am 5. Mai 2008 kam es zu einem neuen Zwischenfall als Indianer eine landwirtschaftlich ungenutzte Fläche einer Reisfarm des Großgrundbesitzers und Bürgermeisters

der Gemeinde Pacaraima, Paulo César Quarteiro, besetzten. Quarteiro gilt als Anführer und Galionsfigur der Räumungsgegner. Als seine Mitarbeiter die Landbesetzung bemerkten und sich daraufhin ein Streit entzündete, schossen sie aus bisher ungeklärten Ursachen auf die Gruppe der Indigenen, die für die Räumung des Indianerreservats demonstrierten. Neun Indianer mussten mit schweren Schussverletzungen in die nächste Krankenstation gebracht werden. Die Bundespolizei nahm daraufhin Quarteiro als verantwortliche Person in Gewahrsam und brachte ihn nach Brasília in Untersuchungshaft. Indianervertreter ließen derweil verlautbaren, dass es auch weiterhin Protestaktionen geben wird. Ein paar Tage später verkündete die Umweltschutzbehörde, das Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis (Ibama), man werde gegen Quarteiro eine Strafe in Höhe von 30,6 Millionen Reais (ca. 11,7 Millionen Euro) wegen Umweltverschmutzung verhängen. Allerdings, so die Ibama, werde man ebenso die Indianer in der Region auf die Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen hin überprüfen. Nach einigen Tagen in Haft in Brasília wurde Quarteiro frei gelassen. Bei seiner Rückkehr in Roraimas Hauptstadt Boa Vista ließ sich der Großgrundbesitzer von seiner Anhängerschaft feiern und tonte, er werde auch weiterhin für einen Verbleib der Reisbauern kämpfen. Die Lage in der Raposa Terra do Sol bleibt äußerst prekär, eine Entspannung ist nicht absehbar.

Verworrene Interessen im Landkonflikt und ungeklärte Besitzverhältnisse

In dem Landkonflikt spielen viele Interessensgruppen eine Rolle. Neben den Indigenen, die die Räumung der Raposa Terra do Sol fordern, gibt es weitere Indianer, die sich für den Verbleib der nicht-indigenen Reisbauern in der Raposa Terra do Sol einsetzen. Erstere Gruppe der Räumungsbefürworter wird hauptsächlich von dem Conselho Indígena de Roraima (CIR) vertreten, während sich die Sociedade de Defesa dos Indígenas Unidas do Norte de Roraima (So-

diurr) für eine Zerstückelung des Reservates einsetzt, damit die Reisbauern in der Region bleiben können. Die Organisationen werfen sich nun gegenseitig vor, unter dem manipulativen Einfluss der Großgrundbesitzer, Reisbauern, Nichtregierungsorganisationen oder dem „Ausland“ zu stehen und nicht die indigenen Stämme der Raposa Terra do Sol angemessen zu repräsentieren.

Das Argument der Sodiurr ist, dass die wirtschaftliche Situation in der Region ohne die Reisbauern wesentlich schlechter wäre. Demgegenüber fürchten die Indigenen bei einer Zerstückelung des Reservates um dessen territoriale Integrität und die Schaffung eines Präzedenzfalles, der auch die Demarkation anderer Indianerreservate infrage stellen könnte. Letzteres könnte auch der Grund sein, warum Präsident Lula für den Erhalt des Indianerreservates in der jetzigen Größe plädiert. Eindringlich appellierte die Regierung an den Obersten Gerichtshof, der in den kommenden Wochen in dieser Frage ein Urteil darüber zu fällen hat, ob das Reservat als Ganzes erhalten bleibt.

Die Bundesregierung des Staates Roraima favorisiert derweil eine Neueinteilung des Indianerreservates in kleinere „Inseln“ und damit einen Verbleib der Reisbauern in der Region. Sie möchte den wirtschaftlichen Schaden verhindern, der durch die Räumung des Reservates erfolgen würde. Die Zahlenangaben landwirtschaftlich genutzter Fläche in dem Indianerreservat schwanken zwischen 58.000 bis 100.000 Hektar Land. Die Bauern wollen ihr Land nicht aufgeben und verweisen auf rechtmäßige Landtitel. Die zuständige Behörde Incra erkennt allerdings nur 8.000 Hektar Land als rechtmäßigen Besitz an. Der Rest ist offiziell noch nicht ausgeschrieben worden und muss somit ohne Kompensationen geräumt werden. Es offenbart sich ein Problem, das vor allem im entlegenen brasilianischen Hinterland häufig vorkommt. Mit gefälschten Besitzurkunden bieten Hochstapler, so genannte grileiros, vor allem den Bauern aus der Unterschicht Land zum Kauf an, das eigentlich im Bundesbesitz ist. Da die Bauern für ihr

FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

Grundstück bezahlt haben, weigern sie sich, wie im Fall der Raposa Serra do Sol, dieses zu verlassen.

Die Reisbauern äußerten zudem den Standpunkt, dass eine Vielzahl der Indianer kurz vor der Demarkation des Gebiets als terra indígena überhaupt erst in die Raposa Serra do Sol eingewandert seien, um diese für sich in Anspruch zu nehmen. Die Indianer wiederum beschuldigen die Reisbauern, ganze Siedlungen erst nach 1998 gegründet zu haben um eben die Räumung mit dem Hinweis auf das Gewohnheitsrecht verhindern zu können. Angesichts der geringen Siedlungsdichte und der Größe der Fläche ist es schwer zu überprüfen, zu welchem Zeitpunkt und an welchem Ort sich sowohl die Bauern als auch die Indianer niederließen.

Die Landfrage ist unweigerlich mit der indigenen Identität verbunden. Eine Vielzahl der Reisbauern ist selber zumindest teilweise indigener Abstammung. Abgesehen von den Großgrundbesitzern handelt es sich um arme Kleinbauern, die ebenso wie die Indigenen ein Stück Land bewirtschaften wollen um so ihre Existenz sichern zu können. Angesichts der Tatsache, dass wenige Indianerstämme eine riesige Fläche an Land bekommen sollen, ist der Neid darüber wohl unvermeidlich. Zudem ist schwer zu trennen, ob sich die Indianer lediglich dem Schutz ihrer Kultur verpflichtet fühlen oder gegebenenfalls auch verhältnismäßig überzogene materielle Interessen hegen.

Streit um die wirtschaftliche Nutzung und Ausbeutung der Indianerreservate

Der Landkonflikt in der Raposa Terra do Sol ist kein Einzelfall. Auch andernorts wird mit harten Bandagen um bereits demarkierte Indianerreservate gekämpft. Im Bundesstaat Espírito Santo streiten sich Guaranis und Tupinikins mit dem Aracruz-Konzern bereits seit Jahrzehnten um Land, auf dem das Unternehmen Eukalyptusplantagen betreibt. Die Funai rechnet die 11.000 Hektar Land den beiden Indianerstämmen zu. Arac-

ruz sieht sich derweil im Recht und argumentiert, dass man das Land bereits seit den 1960er Jahren bewirtschaftete und die indigenen Gruppen erst viel später Besitzansprüche erhoben hätten. Ein weiteres Beispiel für die Brisanz der Thematik ist der Vorfall in dem Indianerreservat Roosevelt im Bundesstaat Rondônia. Trotz mehrmaliger Ausweisungen sind Diamantensucher immer wieder erneut in das Reservat eingedrungen. Indianer des Stammes Cinta Larga haben daraufhin am 7. April 2004 29 Diamantensucher ermordet. Auch in der Raposa Terra do Sol werden große Edelmetallvorkommen vermutet. Aufgrund der Weiträumigkeit und äußerst geringen Siedlungsdichte vieler Indianerreservate, ist die Versuchung der garimpeiros groß, auf illegale Weise in den Reservaten nach Gold und Diamanten zu suchen.

Die brasilianische Verfassung erlaubt den Abbau von Metallen und anderen Rohstoffen nur dann, wenn eine gesetzliche Grundlage besteht. Fehlt diese – und das ist momentan der Fall – so ist der Abbau untersagt. Derzeit arbeitet die Regierung an einem Gesetzentwurf, der den Abbau von Gold-, anderer Edelmetall- und anderen Mineralienvorkommen in Indianerreservaten nach dem Erwerb von Konzessionen gestattet. Nachdem das Eindringen der garimpeiros nicht verhindert werden kann, ist dies der Versuch, mit Hilfe einer gesetzlichen Regelung für Ordnung zu sorgen um weitere Konfrontationen zu vermeiden. Innerhalb der indigenen Gruppen besteht derweil Uneinigkeit. Einige fürchten, die Neuregelung könne Tür und Tor für einen Raubbau in den Indianerreservaten öffnen. Andere Indigene wollen sich nicht selbst die Möglichkeit versagen, Profit aus dem Reichtum an Bodenschätzen zu schlagen.

Verdienste und Versäumnisse in der Indianerpolitik der Regierung Lula Die Vorfälle in der Raposa Serra do Sol und anderen Indianerreservaten sind Ausdruck der derzeitigen Gemütslage der indigenen Bewegung in Brasilien. Nach etlichen Versprechen und jahrelangen Verzögerungen werden die In-

FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

dianerstämme ungeduldig. Im Rahmen des Acampamento Terra Livre (ATL) treffen sich in jährlichen Abständen die Vertreter der Indigenen-Gruppen in Brasília um für ihre Rechte einzustehen. Das 5. ATL im April dieses Jahres fand vor dem Hintergrund der Geschehnisse in der Raposa Serra do Sol statt. In einer Erklärung verurteilten die Indigenen-Vertreter die Aussetzung der Räumung in ungewohnter Schärfe und riefen die Regierung zum Handeln auf. Außerdem wurde erneut die Reform des Estatuto dos Povos Indígenas, des Indianerstatus, gefordert. Das derzeitige Statut stammt noch aus Zeiten der Militärdiktatur und sieht beispielsweise für Indianergruppen, die nicht voll integriert und somit „nicht voll geschäftsfähig“ sind, eine Vormundschaft. Paradoxerweise ist es gerade das Indianerstatut, das heute den Indigenen Sonderrechte und eine Basisversorgung zugesteht. Eine entsprechende Neuregelung liegt seit nunmehr 13 Jahren dem Kongress vor.

Der rechtliche Rahmen und die staatlichen Institutionen zur Umsetzung der Indianerpolitik bestehen schon seit Jahren. Das Recht der Indianer auf Reservate ist in der Verfassung verankert. Ziel ist der Schutz der herkömmlichen Lebensweise der indigenen Stämme, d.h. ihre Kultur, Sprachen, Religionen etc. zu schützen. Darüber hinaus unterzeichnete Brasilien die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz der indigenen Völker. Als zuständige Behörde ist es Aufgabe der Funai die Indianerpolitik der Regierung zu implementieren. Dazu gehört auch die Demarkation der traditionell von Indigenen bewohnten Gebiete. In seiner zweiten Legislaturperiode berief Präsident Lula nach langer Ankündigung die Comissão Nacional de Política Indígenista (CNPI), die Nationale Kommission für Indianerpolitik. Die Kommission besteht aus 20 indigenen Vertretern, 13 Vertreter von den Ministerien, die sich mit indigenen Fragen befassen und schließlich den Repräsentanten von zwei indigenen Organisationen. Die Kommission soll nur temporär bestehen und ihre Finalität in der Gründung eines Nationalen Rates für Indianerpolitik

finden. Bis dahin obliegt der Kommission das Erlassen von Richtlinien, die Prioritätensetzung in der nationalen Indianerpolitik und bestimmt außerdem die Formen des „Monitoring“ der Bundesbehörden, die mit der Ausführung der Indianerpolitik betraut sind bzw. steht den betreffenden staatlichen Stellen beratend zur Seite. Der Nationale Rat für Indianerpolitik wird demnach über wesentlich mehr Entscheidungsbefugnisse verfügen als die CNPI. Die indigenen Gruppen begrüßen, dass sich neben der Funai eine weitere Institution um die Anliegen der Indianer kümmern wird.

Die derzeit ausgewiesenen Indianerreservate umfassen knapp 13 Prozent der Fläche Brasiliens. Die größten Reservate befinden sich im so genannten Amazônia Legal, das alle Bundesstaaten umfasst, die über tropischen Regenwald der Amazonasregion verfügen. In den anderen Regionen des Landes gestaltet sich aufgrund der höheren Siedlungsdichte und höheren Grundstückspreisen die Ausweisung von Indianerreservaten als ungemein schwieriger. Im Demarkationsprozess müssen laut Verfassung alle wirtschaftlichen Aktivitäten in die Projektplanung mit einbezogen werden. Nach Aussagen der Funai sind ungefähr 200 Unternehmungen davon betroffen. Überwiegend handelt es sich dabei um Versorgerunternehmen und Infrastrukturprojekte wie Wasserkraftwerke, Gaspipelines, Straßen, Überlandleitungen, Bergbau, etc. Die Betreiberfirmen bezahlen in vielen Fällen bereits an indigene Stämme Gebühren, sofern das Reservat von den wirtschaftlichen Aktivitäten berührt ist.

Von Lulas Prestigeprojekten und menschlichen „Hindernissen“

Im Zusammenhang mit weiteren Infrastrukturmaßnahmen kommt es zwangsläufig zu einer Kontroverse mit der Unverletzbarkeit indigenen Territoriums. Präsident Lula, der mit dem Programa de Aceleração do Crescimento (PAC), eines der größten Wachstumsprogramme in der Geschichte des Landes aufgelegt hat, gerät dabei schnell in die

Zwickmühle. Einerseits zeigt er sich darum bemüht, sich der Sache der Indigenen anzunehmen, andererseits hat er die positive Bewertung seiner Politik an die erfolgreiche Umsetzung des PAC geknüpft. In diesem Kontext ist es zu sehen, dass er anlässlich der Einweihung einer Biodieselfabrik im Bundesstaat Mato Grosso Indios, Quilombos (Gemeinden von Nachkommen entfloherer Sklaven), Umweltschützer und die Staatsanwaltschaft als „Hindernisse“ („entraves“) bezeichnete, da sie die großen Infrastrukturprojekte blockierten. Der Protest seitens der Zivilgesellschaft ließ nicht lange auf sich warten. 51 Organisationen widersprachen Präsident Lula in einem offenen Brief und zweifelten an den ernsthaften Absichten seiner Indianerpolitik.

Als weitere Beispiele für das nicht unbegründete Misstrauen der Indigenengruppen können das Flussumleitungsprojekt am Rio São Francisco oder auch der Staudambau am Rio Xingu dienen. In beiden Fällen sehen ansässige Indianerstämme ihr traditionell bewohntes Gebiet in Gefahr. Der Streit um den Staudamm Monte Belo am Rio Xingu im Bundesstaat Pará erfuhr am 20. Mai 2008 einen neuen, gewalttätigen Höhepunkt in der Konfrontation zwischen Staudammgegnern und –befürwortern. In einer Diskussionsrunde wollte der Ingenieur Paulo Rezende der Firma Eletrobras, die das Riesenprojekt durchführt, die lokalen Indianergruppen von den Vorteilen des Staudambaus überzeugen.

Nach Ende der Veranstaltung bedrängten eine Vielzahl von Indios Rezende. Dabei attackierte die Anführerin der Caiapó-Indianer den Ingenieur mit einem Buschmesser und fügte diesem eine tiefe Fleischwunde am rechten Arm zu. Ein anwesender Polizist ließ von einer Verhaftung zunächst ab mit der Begründung, dass das Buschmesser Teil der Kultur des indigenen Volkes ist, obwohl die Caiapó nie über Messer dieser Art verfügten. Wenig später, nachdem die Polizei doch noch die Ermittlungen aufnahm, erhärtete sich der Verdacht, dass ein Pfarrer, der sich für die Sache der Caiapó einsetzt, vor der

Veranstaltung in einem örtlichen Laden mehrere Buschmesser erstand. Die Stammesführerin hingegen rechtfertigte ihre Tat vor der Presse, dass die „brasilianische Regierung“ einen „Weltkrieg“ provoziere. Die Aussage der Caiapó-Führerin rüttelte die brasilianische Gesellschaft noch mehr auf als ihre Tat selbst. Die nationale Presse lamentierte in Kommentaren die neuen Gewaltauswüchse und den zunehmend rauhen Ton in den Konflikten zwischen Indigenen und Nicht-Indigenen. Zudem offenbarte sich das Selbstbildnis der Caiapó-Indianer, die sich nicht als Teil der brasilianischen Gesellschaft sehen, sondern als eigenes Volk mit dem Recht auf eigenes Land. Diese Einstellung dürfte auch von anderen Indianerstämmen geteilt werden. In vielen Zeitungsartikeln melden sich Sozialwissenschaftler und vor allem Militärs zu Wort, die in der Ausweisung von Indianerreservaten einen Angriff auf die nationale Souveränität sehen, zumal die Indianer viel Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Präsident Lula hingegen widerspricht der These bei jedweder Gelegenheit. Die Indianerreservate bedrohen nicht die nationale Souveränität und die Indigenen sind und bleiben Brasilianer, so der Staatspräsident. „Indios gehören Stämmen an und nicht Nationen“, unterstützte ihn Verteidigungsminister Nelson Jobim in einer offiziellen Stellungnahme vom 4. Juni 2008 und betonte, dass die Indianerreservate im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegen. Gleichzeitig kündigte er an, man werde die Anzahl stationierter Truppen in der Amazonasregion erhöhen, um die Souveränität zu sichern.

Wer ist Indio? Indigene Selbstbestimmung und die Frage nach der Identität

Ein grundlegendes Problem im Zusammenhang mit den Minderheitenrechten der Indigenen und der Ausweisung der Indianerreservate ist die Frage, wer einer der indigenen Bevölkerungsgruppen angehört und wer nicht. Das brasilianische Amt für Geografie und Statistik (IBGE) ordnet 700.000 von ca. 185 Millionen Brasilianern den indigenen Bevölkerungsgruppen zu. Damit liegt der

FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

indigene Anteil an der Gesamtbevölkerung bei weniger als einem halben Prozent. Die Indianer verteilen sich auf ungefähr 220 Stämme, die zusammen ungefähr 180 Sprachen sprechen. Die portugiesische Sprache besteht oftmals als Zweitsprache, wenn es nicht die Stammsprache gar verdrängt oder sich mit ihr in Teilen vermischt hat. Durch die Kolonialgeschichte Brasiliens, die durch eine meist gewalttätige Verdrängung bzw. Auslöschung der Indianerstämme oder einen starken Assimilierungsdruck gekennzeichnet war, und die häufige Vermischung der Indigenen mit den Neuankömmlingen aus allen Erdteilen sowie die zunehmende Erschließung des Hinterlandes, hat sich die Zahl der Brasilianer mit ausschließlich indigenen Wurzeln über die Jahrhunderte hinweg stark dezimiert.

Laut IBGE ist allerdings der Anteil der indigenen Minderheit an der Gesamtbevölkerung seit Beginn der 1990'er Jahre kontinuierlich angestiegen. Die Wachstumsrate lag mit 10,8 Prozent deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 1,6 Prozent. Die Gründe für die große Abweichung liegen zum einen in der Zuwanderung von Indianern aus den südamerikanischen Nachbarländern und zum anderen in der zunehmenden Rückbesinnung von Indigenen auf ihre ursprüngliche Identität. Die Erhebungsmethode des Statistikamtes erfolgt auf Basis der Selbstidentifizierung, mit anderen Worten die Befragten ordnen sich eigenständig einer Hautfarbe bzw. Bevölkerungsgruppe zu, weshalb sich Veränderungen in der Selbstbestimmung auch auf die Anteile der Bevölkerungsgruppen auswirken. Sicherlich kann hinterfragt werden, inwiefern die Methode des IBGE die Realität widerspiegelt. In einer Mischgesellschaft wie in Brasilien, sei es ohnehin schwierig, die Menschen nach ethnischen Kriterien einzuteilen, geben Wissenschaftler zu bedenken. In der Tat haben nur die wenigsten Brasilianer Vorfahren einer Ethnie. Schon früh zu Kolonialzeiten war in Brasilien die Mischung zwischen Europäern, Schwarzafrikanern und Indigenen üblich.

Heutzutage weist die brasilianische Gesellschaft einen hohen Grad an ethnischer Diversität auf, die eine Einteilung nach Hautfarbe oder Herkunft insbesondere in den Städten und Regionen, die traditionell Migrationsziel waren und sind, nahezu unmöglich machen. In diesem Zusammenhang könne eine Sozialpolitik, der ethnische Kriterien für die Zuweisung von Wohlfahrtsgütern o.Ä. zugrunde liege, gar zu der Entstehung neuer Bevölkerungsgruppen in bestimmten Orten und Regionen führen, argumentiert Lorenzo Aldé sinngemäß in einem Leitartikel des Magazins Revista da História. Im Fall der indigenen Bevölkerungsgruppen ist diese These durchaus nicht abwegig, da die Indianer vor allem ihre Besitzansprüche auf Land auf die ihnen zustehenden Sonderrechte zurückführen.

Die Rückbesinnung auf die indigene Identität ist somit eng mit Anreizen verbunden, die nicht immer in erster Linie dem Streben nach dem Erhalt der eigenen indigenen Kultur dient. Es sind größtenteils die armen indigenen Gemeinschaften auf dem Land, die auf diese Weise ihr Land zum Wohnen und Bewirtschaften sicher sehen (wollen).

Die Tendenzen, die indigenen Sonderrechte zu nutzen bzw. auszunutzen, führt zu der Diskussion, anhand welcher Kriterien sich definieren lässt, wer wirklich ein Indigener ist und wer nicht. Reicht es aus, sich selbst als Indio zu definieren oder muss man als ein solcher auch die indigene Kultur „leben“, d.h. die jeweilig vorherrschenden indigenen Sitten und Gebräuche beherrschen und regelmäßig anwenden? Muss man die Stammsprache sprechen (können) und die spezifische Naturreligion ausüben? Und wer hat das Recht und die Voraussetzung, die Grenze zwischen indigener und nicht-indigener Kultur zu ziehen? Unter Anthropologen besteht zweifelsohne große Uneinigkeit, wie man in dieser Frage bestmöglich entscheiden sollte. Um in den Genuss der indigenen Sonderrechte zu kommen, erfüllen Indianerstämme oft ganz bewusst die anthropologischen Vorstellungen und Erwartungen. Kultur ist eine ökonomische Option gewor-

den, ist sich Wirtschaftswissenschaftler Roberto Monte-Mor sicher. Einerseits wird auf diese Weise die indigene Kultur, wenn auch auf Basis materieller Anreize, konserviert, andererseits ist es offensichtlich, dass eben jene Stämme nicht wirklich nach ihren traditionellen Formen und Ritualen leben. Das Identitätsdilemma ist perfekt, wenn man bedenkt, dass den indigenen Bevölkerungsgruppen das Recht auf Entwicklung im Sinne eines Strebens nach einem modernen Lebensstil indirekt abgestritten wird, wenn die Definition der indigenen Identität auf Basis der Ausübung der indigenen Kultur als Kriterium erfolgt. Da sich jedoch in vielen Fällen der Lebensstil vieler Indianer, auch wenn er einfach sein mag, von dem anderer Brasilianer, nicht großartig unterscheidet, ist es nicht verwunderlich, wenn es zu Neid und Missgunst zwischen den jeweiligen Bevölkerungsgruppen kommt. Leidtragende sind oftmals die Indigenen selbst, die Diskriminierung ertragen müssen. Viele Brasilianer, die sich nicht als „indigen“ einstufen, haben selbst teilweise indigene Vorfahren. Es zeigt sich, wie schwierig es ist, in einem Land mit einer solch großen ethnischen Diversität, Regeln für den Erhalt einer sonst schwindenden indigenen Bevölkerungsgruppe zu implementieren, die allseits Akzeptanz findet.

Die umstrittene Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NRO)

Neben der Funai werden die Anliegen der Indigenen von zivilgesellschaftlicher Seite unterstützt. Vor allem in Amazônia Legal, d.h. in allen nördlichen Bundesstaaten in denen sich tropischer Regenwald findet, setzen sich viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) für die Rechte indigener Völker ein.

Finanziert werden die NRO teils aus öffentlichen, teils aus privaten Mitteln, darunter auch Hilfen aus dem Ausland. Zudem arbeiten eine Reihe ausländischer Organisationen vor Ort. Vor allem bei der Demarkierung sind die heimischen und internationalen NRO sowie andere ausländische Organisationen aktiv, was von brasilianischer Seite

misstrauisch betrachtet und als intervenierend empfunden wird.

Sofern es um die Ausweisung von Indianerreservaten geht, ist Brasília stets darum bemüht zu verdeutlichen, dass die staatliche Souveränität nicht infrage gestellt wird. Die Indigenen sind brasilianische Staatsbürger, wie alle anderen auch. Sie sind nicht Eigentümer ihres jeweiligen Reservates, sondern verfügen nur über das exklusive Nutzungsrecht (im Sinne der Nachhaltigkeit), so die Argumentation. Besonders das Militär beäugt die Situation sehr kritisch und sieht in der Anwesenheit ausländischer NRO oder durch das Ausland finanzierte, brasilianische NRO eine mögliche Gefahr für die territoriale Integrität Brasiliens. Man fürchtet sich vor ausländischer Subversion, wie beispielsweise durch transnationale Konzerne, die in den im Urwald gelegenen Reservaten über die NRO Biopiraterie betreiben würden. In der Tat handelt es sich hierbei um keine unpopuläre Position und so überrascht es ebenso wenig, dass die brasilianische Politik sehr sensibel auf jegliche Aktivitäten ausländischer Akteure in der Amazonasregion reagiert.

In Anbetracht der jüngsten Ereignisse hat die Regierung eine Gesetzesinitiative eingebracht, die „Biopiraterie, den internationalen Einfluss auf die Indianer und den Verkauf von Land“ in Amazônia Legal unterbinden soll. Im Juni wird der Kongress über die Eingabe abstimmen. Das Gesetz sieht sowohl bei dem Justizals auch dem Verteidigungsministerium eine zusätzliche Registrierung aller NRO, aller Ausländer und ausländischen Organisationen, die in Amazônia Legal tätig sind, vor. Den Ausländern bzw. den ausländischen Organisationen drohen bei

fehlender Erlaubnis eine Geldstrafe und die Ausweisung aus dem Land. Mit der Neuregelung sollen zudem alle in- wie ausländische NRO, die in Indianerreservaten, Umweltschutzgebieten oder im Grenzbereich tätig sind, besser kontrolliert werden können. Laut Verteidigungsministerium gibt es in Amazônia Legal um die 100.000 NRO,

FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

von denen 29.000 insgesamt rund 3 Milliarden Reais (ca. 1,15 Milliarden Euro) an Bundesmitteln erhalten.

Regierungsaussagen zur Folge kommen den NRO außerdem Milliardenbeträge an ausländischen Finanzhilfen zugute, deren Herkunft man nicht bestimmen könne. Die Regierung gab aber zu, dass sie keine Übersicht über die Eigentumsverhältnisse von Land in der Amazonasregion habe. Daher versucht sie die Kontrolle über das Gebiet zu bekommen. Dazu gehört auch die Überwachung der Aktivitäten der NRO bzw. der Ausländer in der Region. Es wird sich zeigen, ob es sich bei der angestrebten Neuregelung um ein sinnvolles oder wirkungsloses Kontrollinstrument handelt. In jedem Fall kann die Gesetzesinitiative als Ausdruck der Besorgnis über die fehlende Staatlichkeit in den Weiten der Amazonasregion gedeutet werden.

Indianer und Umweltschutz – Indianer oder Umweltschutz?

Eine Vielzahl der Reservate, die den Indianern im Rahmen der offiziellen Anerkennung von Präsident Lula da Silva zugesprochen wurden, befindet sich in ökologisch schützenswerten Gebieten. Insbesondere in der nördlichen Region Brasiliens gibt es Indianerreservate, die über große Flächen tropischen Regenwaldes verfügen. In Amazônia Legal umfassen die Indianerreservate etwa eine Million Quadratkilometer und sind somit in ihrer Fläche etwa drei Mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Der Plano Amazônia Sustentável (PAS – Plan Nachhaltiges Amazonien) misst den „traditionellen und indigenen“ Bevölkerungsgruppen eine wichtige Rolle für den Erhalt und nachhaltigen Umgang mit den geschützten Gebieten, d.h. in den Naturschutzgebieten und Indianerreservaten, bei. Ebenso sieht die Funai in den Indianern „die ersten Bewohner [in Brasilien], diejenigen die wissen, wie man mit der Natur zusammenlebt ohne sie auszuplündern.“ Kritiker bemängeln allerdings, dass die Indios nicht immer schonend mit und in ihrer Umgebung wirtschaft-

ten. Im Gegenteil, einige Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, dass die Lebensweise und Art des Wirtschaftens einer Vielzahl der indigenen Bevölkerungen in keinerlei Hinsicht als nachhaltig gelten könne. So wirft der Ökologe Fábio Olmos den indigenen und traditionellen Bevölkerungsgruppen vor, sie würden großen Raubbau an der Natur betreiben. Olmos demontiert damit das Bild des „Wilden, der im Einklang mit der Natur lebt“. Auch die Indios haben mittlerweile den kommerziellen Nutzen erkannt, den der Wald bietet. Den Naturschutz betrachten viele der Indios, die größtenteils in armen oder bescheidenen Verhältnissen wohnen, als zweitrangig. Erst Ende Mai 2008 hat die Bundespolizei im Indianerreservat Vale do Guaporé im Bundesstaat Mato Grosso eine Gruppe von 45 Personen wegen illegalen Holzeinschlags festgenommen, darunter auch Indianer.

Die Gesetzeslage sieht vor, dass in den Indianerreservaten bzw. den Reservas Extrativistas und den Reservas de Desenvolvimento Sustentável (Reservate nachhaltiger Entwicklung), die ansässige Bevölkerung den Wald bewirtschaften darf, wobei dies nur im Sinne der Nachhaltigkeit erfolgen dürfte. Lorenzo Aldé argumentiert an dieser Stelle, dass der Staat versuche, Probleme der sozialen Ungleichheit auf Kosten der Umwelt lösen zu wollen, um Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen zu verhindern. Es ist ohnehin schwierig zu klären, welche Bevölkerungsgruppen an welchen Orten traditionell leben würden. In einer so weitläufigen Gegend ist eine genaue Kontrolle von Bevölkerungsbewegungen nicht realisierbar und erschwert dadurch die Erhebung, ob ein historisches Nutzungsrecht für traditionelle Bevölkerungsgruppen besteht.

Zugang zum Bildungssystem für mehr Chancengerechtigkeit

Bildung bietet für benachteiligte Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Auch die Indios können von der Einführung indigener Schulen profitieren.

FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

Laut einer Analyse des Nationalen Instituts zur Erforschung des Schulsystems stieg die Anzahl der indigenen Schulen in vier Jahren von 1.706 auf 2.422. Die Anzahl indianischer Schüler wuchs um knapp 50 Prozent auf nunmehr 174.000, wobei die wenigsten weiterführende Schulen besuchen. Ferner ist die steigende Anzahl der Lehrkräfte mit indigenem Hintergrund hervorzuheben. Auf diese Weise bieten die indigenen Schulen einen Hort für die Kultur der Indianer.

Vorbei ist die Zeit, in der die Schüler indigener Abstammung ausnahmslos Portugiesisch lernten und die Integration in die moderne brasilianische Gesellschaft die Zielvorgabe war. Die Schüler erlernen die Stammsprache von klein auf und tragen so wesentlich zu dem Erhalt der kulturellen Identität bei. Wie auch andere staatliche Schulen, ist die Ausstattung der indigenen Schulen als mangelhaft zu bezeichnen. Der Funai-Mitarbeiter Gustavo Menezes kritisiert die unzureichende Versorgung indigener Schulen mit dem nötigen didaktischen Lehrmaterial, z.B. Schulbüchern in der Stammsprache. Zudem gibt es Streitigkeiten über die Zuständigkeiten auf Bund-, Landes- und Gemeindeebene.

Die akademische Ausbildung an den öffentlichen Universitäten in Brasilien hat einen guten Ruf. Quotenregelungen für Afro-Brazilianer und Indigenen sollen den Zugang für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Statistisch gesehen besuchen Angehörige einer sozial schwachen Bevölkerungsklientel seltener die Universität. Der Grund liegt in der schwierigen Aufnahmeprüfung, für deren Bestehen eine gute Vorbildung nötig ist, in dessen Genuss im Regelfall nur die Absolventen der teuren Privatschulen kommen. Bisher steht es den Universitäten selbst frei, ob sie eine solche Regelung einführen oder nicht. Kritiker bemängeln eine positive Diskriminierung der Indios und Afro-Brazilianer und argumentieren außerdem, dass es unmöglich ist, aufgrund der großen Diversität in Brasilien die Grenze zwischen den Hautfarben und Ethnien zu ziehen. Im Weiteren mindert ei-

ne derartige Quotenregelung die Chancen von denjenigen hellhäutigen Schulabgängern, die sich ebenso wenig den Besuch einer Privatschule leisten konnten.

Um Missbrauch der Regelung zu verhindern, müssen indigene Universitätsbewerber, die die Quotenregelung in Anspruch nehmen wollen, einen Nachweis über ihre Stammeszugehörigkeit erbringen. Die Nachfrage nach Studienplätzen ist unter den indigenen Schulabgängern hoch. Laut Menezes kommen fachabhängig auf einen verfügbaren Studienplatz bis zu hundert Bewerber indigener Abstammung.

Erfolge, Misserfolge und grundsätzliche Probleme der Indianerpolitik

Innerhalb der letzten Dekade haben es die indigenen Stämme verstanden, sich als benachteiligte Bevölkerungsgruppe aktiv und offensiver für ihre Rechte einzusetzen. Die Indianer sind der Regierung Lula dankbar sich ihrer Sache angenommen zu haben, obwohl diese erst verspätet reagierte. Vor allem die Ausweisung von Indianerreservaten und die Respektierung von deren territorialer Integrität sind für die Indianer von zentraler Bedeutung, da diese mit dem Schutz ihrer natürlichen Lebensräume und so mit dem Erhalt und der Pflege der indigenen Kulturen eng verbunden sind. Dennoch ist hervorzuheben, dass die Markierung von Indianerreservaten nicht den Umweltschutz zum Ziel hat. Die in den Reservaten lebenden Indianer könnten durch ihre Lebensweise hierzu einen Beitrag leisten, doch ist es keineswegs sicher gestellt, dass der Naturraubbau in den terras indígenas grundsätzlich unterbunden wird.

Die Demarkation von Indianerreservaten ist mit einer Reihe von Schwierigkeiten verbunden. Neben der Klärung der allgemeinen und vor allem rechtmäßigen Eigentumsverhältnisse der Ländereien und den damit verbundenen Ersatzforderungen in Form von Land oder Geldzuweisungen sind es vor allem die fehlenden Möglichkeiten einer kontinuierlichen Überwachung der Indianer-



FOCUS BRASILIEN

AUSGABE 2 | JUNI 2008

www.kas.de/brasilien

www.kas.de

reservate, die zu den Landstreitigkeiten führen. Zumindest was die Indianerreservate in Amazônia Legal betrifft, haben die Indianer durch die Großzügigkeit bei der Demarkation riesiger Gebiete den Nachteil, dass die Integrität dieser Gebiete in Gefahr ist. Die Indigenen sind gegebenenfalls mit kleineren Reservaten bessergestellt. Das erneute, illegale Eindringen von Gold- und Diamantensuchern, Holzfällern, etc. in die Reservate ist ein Zeichen hierfür.

Angesichts der Abwesenheit staatlicher Ordnung und den Ressourcenreichtümern in den Reservaten bestehen hohe Anreize, die Gebiete gegebenenfalls auf illegale Weise auszubeuten. Aus diesem Grunde wird es noch länger dauern, bis es zu einer dauerhaften Befriedung in den Landstreitigkeiten kommt. Allein die Ausweisung von Indianerreservaten ist kein Garant für den Schutz indigener Kulturen. Ebenso wenig führt sie zwangsläufig zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der indigenen Randgruppen.

Die verstärkten Anstrengungen im Bildungsbereich sind hier ein sinnvoller Weg und können langfristig einer Besserstellung der Indianer dienen. Die Indianer bzw. ihre Interessensvertretungen müssen ihrerseits auch einen Beitrag leisten. Dazu gehört es, die Priorität auf das eigentliche Ziel, den Erhalt indigener Kulturen, zu legen und es materiellen Interessen überzuordnen. Gelegentlich kann hier eine Idealisierung der Indianer und ihrer Interessen für mehr Verwirrung sorgen oder gar kontraproduktiv wirken. Wie die Vorkommnisse der vergangenen Wochen zeigen, sind die Indianer zwar oft Opfer, doch auch häufig Täter in den gewalttätigen Auseinandersetzungen. Durch Anwendung von Gewalt finden die Indigenen nicht mehr Fürsprecher für ihre Anliegen.

Die Indianerpolitik der vergangenen Jahre hat sich zunehmend konkretisiert. Die Indigenen möchten das ihnen zugesprochene Recht, in ihren traditionell bewohnten Gebieten leben zu dürfen, endlich umgesetzt wissen. In seiner (vermutlich) letzten Legis-

laturperiode versucht Präsident Lula den Spagat zwischen dem Wachstum mittels infrastruktureller Großprojekte im Rahmen des PAC und den Schutz von indigenen Lebensräumen zu schaffen. So hält er im Fall der Landstreitigkeiten um die Raposa Serra do Sol an der erfolgten Demarkation der Indianerreservate trotz ihrer enormen Ausdehnungen grundsätzlich fest. Andernorts bemängelt er wiederum die Protestaktionen indigener Gruppen, die sich in ihren Rechten verletzt sehen, wie beispielsweise im Fall des Umleitungsprojekts des São Francisco-Flusses oder bei den Bauvorhaben für Staudämme. Es offenbart sich, dass bei der Umsetzung der Indianerpolitik oft mit zweierlei Maß gemessen wird. Es spielen viele Interessen mit hinein, die nicht unbedingt der ursprünglichen Zielsetzung dienen. Bis die Indigenen ihre verfassungsmäßigen Rechte verwirklicht sehen, ohne andere Bevölkerungsgruppen gleichzeitig zu benachteiligen, wird es wohl noch ein langer Weg sein.

Der Autor ist Mitarbeiter im Studienzentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro. Dieser Artikel greift in Teilen auf Informationen eines Papers von A. Essel zurück.